

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreise monatlich inkl. Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Abrechnungsgeld) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Berlinerhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresden-Verlagsgesellschaft  
Druckerei: Dresden-U. / Berlinerhofstr. 2 / Fernspr. 17 250 / Druckmaschinen, Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenl. 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 28. Februar 1928 Nummer 50

## Das Notprogramm des Großkapitals

### Die demagogisierte SPD

#### Neuwahlen im Mai

Gestern hat Hergt, der deutschnationale Minister, das Bürgerblock-Notprogramm vorgetragen. Auf Grund der Politik des Bürgerblocks konnte es nichts anderes sein als ein neuer Angriff auf die arbeitende Klasse. Wir haben das den Arbeitern sofort gesagt, als die SPD den Arbeitern erzählen wollte, es sei aus parlamentarischen Gründen notwendig, dem Bürgerblock die Möglichkeit zu geben, die angelegenen Arbeiten zu erledigen. Man gab dem Bürgerblock die Möglichkeit, die reaktionären, auf längere Zeit anhaltenden Maßnahmen gegen die Arbeiter zu Ende zu führen. Die Kosten dieses Notprogramms haben die Arbeiter zu tragen. Die SPD hat durch die Unterstützung dieses Notprogramms geholfen, die neue Millionenbelastung auf die Arbeiter abzuladen.

Neue Zollbelastungen, Hungerangriff auf die Arbeiter, Kettelrenten für die Kleinrentner, das ist der Inhalt dieses von der SPD mitbeschlossenen Programms. Dieses Programm verurteilt in Dresden Toni Sender und Fleißner zu verteidigen. Gestern im Reichstag, unter dem Druck der Arbeiter, die sich empört gegen die Haltung der Sozialdemokraten gewendet, verurteilte die SPD, die Schuld an diesem Programm und die Verantwortung vor der Öffentlichkeit von sich abzuschütteln. Die SPD hatte sich ihr Vertragsmandat gegen die Arbeiter anders vorgestellt. Sie hatte einmal nicht damit gerechnet, daß die Entlassung ihres schändlichen Verrats durch die Kommunisten die Erklärung ihres schändlichen Verrats aufzuheben werde. Dann hätte die SPD darauf bestanden, hinter den Kulissen mit dem Bürgerblock eine Front bilden zu können, in der Öffentlichkeit ihre Scheinopposition gegen den Bürgerblock und das Notprogramm fortzusetzen zu können.

Die Bürgerblockparteien dachten aber nicht daran, den Sozialdemokraten eine billige Wahlkandidatur zu überlassen. Sowohl die Deutschnationalen als auch das Zentrum haben Gründe genug, die SPD zu binden. Diese gedachte, durch die Ablehnung einiger Forderungen des Notprogramms, den Arbeitern Opposition vorzutun zu können. Erklärte doch Fleißner in seiner Dresdner Verlesung, daß die SPD durch das Notprogramm und die Ermöglichung desselben noch an gar nichts gebunden sei, sondern einen Teil dieser Forderungen ablehnen werde. Durch diese zwiespältige Haltung sollte zweierlei erreicht werden. Die SPD wollte sich durch Teilablenkung den Weg zu den Wählern offenhalten, durch Teilablenkung den Weg zu den Wählern offenhalten. Diesen Plan durchzusetzen gesehen in seiner Regierungserklärung der Minister Hergt. Er erklärte, das Notprogramm sei ein unteilbares Ganzes, es müsse geschlossen angenommen werden. Gleichzeitig erklärte er die Zerschlagung der Massen durch die SPD, daß die Regierung nicht mehr bestände. Hergt erklärte, die Regierung sei keineswegs ein Geschloßfabrikat, sondern die verfassungsmäßige, vor der Verfassung verantwortliche Regierung. Durchsetzen und enthalten schon diese Ausführungen des Ministers die Demagogie der SPD, die praktisch dem Bürgerblock Hilfeleistung gegeben, die die große Volksgemeinschaft eingegangen und nun vor den Wählern die Tatsache verschleiern möchte, so führte der Zentrumsabgeordnete v. Guérard einen noch stärkeren Stoß gegen die Verlogenheit und Demagogie der SPD.

Kennzeichnend, weil das Zentrum es mit der Wahrheit gewohnter nehme, aber um die eigenen Wähler zu halten, gleichzeitig auch wohl, um der SPD zu verstehen zu geben, daß das Zentrum die Koalition mit der SPD nicht so billig eingehe und dieser dabei demagogische Manöver gelatte, die sich gegen die zukünftigen Koalitionsparteien richten. Von Guérard enthielt den schändlichen Kuhhandel, den die SPD mit den Bürgerblockparteien eingegangen. Als die SPD einige Zwischenwahlen zu seinen Ausführungen machte, auch er verlangte die Annahme des Programms als Ganzes, erklärte v. Guérard, dieses Notprogramm sei nicht etwa das Notprogramm der Regierungsparteien, sondern Nebenparteien, also auch die SPD und Demokraten, haben sich auf dieses Programm geeinigt.

Diese Enthaltungen kamen den sozialdemokratischen Führern etwas sehr überraschend. Sie zeigen aber den Arbeitern, daß die Kommunisten recht hatten.

Nun hat die schloffe Unterstützung des reaktionären Bürgerblocks durch die SPD die Empörung der Arbeiter hervorgerufen. Die SPD befindet sich in einer unhaltbaren Lage. Durch die Enthaltungen des Zentrumsabgeordneten wurde diese Lage noch unhaltbarer. Aus dieser Situation verurteilte sich die SPD gestern dadurch zu retten, daß sie dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Bürgerblockregierung zustimmte. Noch bis vor wenigen Tagen hat die SPD diesen Antrag mit den abernsten Redensarten bekämpft. In den Verlesungen in der Reichstagskammer und im Reichstagspalast benutzten Toni Sender und Fleißner die Anträge zu einer wütenden Kommunistenbeleidigung. Beide erklärten, die Zustimmung zu diesen Anträgen, die Einbringung derselben bedeuten, der Bürgerblockregierung ein Vertrauensvotum zu bedeuten, den Bürgerblockregierung ein Vertrauensvotum zu bedeuten. Gestern stimmten auch Toni Sender und Hermann Fleißner diesem Antrag zu. Diese Zustimmung geschah ohne Zweifel unter dem Druck der Massen. Gleichzeitig will die SPD aber auch die Massen täuschen. Das geht deutlich aus der Stellung des Vorwärts hervor, der zu der gestrigen Sitzung

den Arbeitern keinen alten Kuhl von dem „sterbenden Bürgerblock“ vorzählt. Begeistert schreibt er: „Es bleibt bei den Neuwahlen!“ Dann erzählt er den Arbeitern von den „Differenzen“ im Bürgerblock und schreibt:

„Man fühle (in der Debatte) die grundlegenden Differenzen zwischen den Bürgerblockparteien. Die letzten Arbeiten des sterbenden Bürgerblocks werden sichtbar. Sie aufzubeden, ist die Aufgabe der Opposition.“ Und dann wiederholt der Vorwärts den Schwund des sozialdemokratischen Redners Stämpfer, der mit allem Nachdruck die Bindung der Sozialdemokratie an das Notprogramm bestritt und die Verantwortung für dasselbe auf die Bürgerblockparteien abwälzte, „die Opposition hat keinen Teil daran“.

Den Anteil der „Opposition“ hat der Zentrumsabgeordnete festgestellt. Zum Schluß entlarvt der Vorwärts selbst das Mandat der Reichstagsfraktion der SPD zu dem Mißtrauensantrag der KPD und der Zustimmung. Der Vorwärts schreibt dazu:

„Die Kommunisten hatten es nicht vermocht, von ihrer Abneigung abzugehen und mühten Hergt, der die sterbende Regierung als ordnungsmäßige parlamentarische Regierung daste, so etwas wie eine Begründung dafür liefern.“

Der Vorwärts schreibt also, die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Antrag war nichts anderes als ein Wahlmanöver. Die Sozialdemokraten entschlossen sich selbst. Deshalb schreibt der Vorwärts so? Weil er seinen kommenden Koalitionsgenossen versichern will, daß sie diese Zustimmung nicht so ernst nehmen, es der SPD nicht übernehmen sollen, wenn sie jetzt aus Gründen der Agitation besondere Manöver vollführt. Wenn man seine Mandate ins trodene gebracht nach den Wahlen, da wird sich alles finden. Deswegen die Schreibweise des Vorwärts. Die SPD hat sich in eine unangenehme Lage gebracht. Sie steht zwischen ihren Koalitionspartnern und den empörten Arbeitern. Sie wollte auf zwei Stühlen sitzen, zwei Stühle mit einer Klappe schlagen. Das ist nicht so ganz einfach gelungen. Das Zentrum zieht der SPD den einen Stuhl

fort. Der andere Stuhl ist durch die Angriffe der KPD hart erschüttert. Deswegen mandatiert die SPD jetzt hin und her.

In der gestrigen Regierungserklärung sagte Hergt, daß die Neuwahlen des Reichstages Mitte Mai erfolgen sollen. Trotz dieser Erklärung darf sich die Arbeiterschaft jetzt nicht zufriedengeben. Noch steht nicht unbedingt fest, ob der Bürgerblock nicht nach neuen Mitteln sucht, um sein Leben in der letzten Form zu verlängern. Der Druck der Arbeiter auf die Bürgerblockparteien und den Reichstag darf nicht nachlassen, sondern muß verstärkt werden.

Im Schatten der kommenden Wahlen verhalten sich die Bürgerblockparteien, die Sozialdemokraten und Demokraten, im Hinblick auf die Neuwahlen. Insbesondere die SPD will ihre Scheinopposition den Arbeitern als eine wirkliche Opposition erscheinen lassen. Die SPD verurteilt, ihre letzte Rettungsoption für den Bürgerblock zu verschleiern. Aber schon findet die SPD die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Regierung mit den schwerindustriellen Volksparteiern. In Würzburg fand eine Landeskonferenz der SPD statt, in der zu den kommenden Wahlen folgende Entschließung angenommen wurde:

„Bei den Wahlen muß der Hauptstoß der Sozialdemokratie gegen die Deutschnationalen gerichtet sein. Die Deutsche Volkspartei sei grundsätzlich grundlos. Als Regierungspartei sei sie nur ein notwendiges Übel, wenn Schlimmeres verhindert werden muß. Mit den Kommunisten sei auf ablehnbare Zeit jede Verhandlung unmöglich. Nach dem Sturz der Deutschnationalen sei der Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung logisch und selbstverständlich.“

Das alte Spiel wird also auch in Bayern weitergespielt: Die schwerindustrielle Volkspartei, das schwerindustrielle Schulz, verfassungsgesetzlich und sein ablerger, die Bayerische Volkspartei, dürfen nicht bekämpft werden, denn der Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung ist logisch u. selbstverständlich.“

„Logisch und selbstverständlich“ ist damit auch die Abwägung der Lohnbewegungen, der Wirtschaftskämpfe der Arbeiter; denn man kann seine ersten Kämpfe führen, wenn man mit den Vertretern der Industriellen, der Volkspartei, in einer Regierung sitzt.

Die Arbeiter müssen und werden deswegen auch die Mandate durchkreuzen. Nur mit der kommunistischen Partei kann die Arbeiterschaft den Kampf zum Sturz des Bürgerblocks und zur Beseitigung des Reichstages aufnehmen.

## Regierungserklärung im Reichstag

### Fleischsteuerung und Zollsteigerungen / Keine Zeit für die Klein- und Invalidenrentner

Zu Beginn der Sitzung hält Reichskanzler Brüning einen Nachruf auf den verstorbenen Abgeordneten Stollberg.

Zur Geschäftsordnung verlangt Genosse Stöcker, daß der Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion gegen die gesamte Reichsregierung mit der allgemeinen politischen Aussprache verbunden wird.

Reichskanzler Brüning gibt an Stelle des franken Reichskanzlers Marx die Regierungserklärung ab. Das Kabinett sei kein geschäftsführendes, sondern bilde nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die der Verfassung entspricht. (Geschloß links).

Das von der Reichsregierung aufgestellte Arbeitsprogramm sei ein einheitliches Ganzes. Hergt entwickelt ausführlich dieses Programm. Die Entschädigungssumme im Kriegsschaden-Schuldengesetz soll nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats um 800 Millionen Mark erhöht werden. Der Hauptteil des Programms sind Liebesgaben für die Großagrarier. Die Kosten für diese Liebesgabenpolitik sollen die wertvollen Schichten bezahlen, denn neben der Erhöhung der Zolleinnahmen, auf die die Regierung rechnet, bestehen die Hauptmaßnahmen in der Beseitigung der Fleischmehl-Erleichterungen und der Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents zunächst auf 50 000 Tonnen. Das billige Gefrierfleisch soll also verschwinden, die Folge davon wird sein, daß die arbeitende Bevölkerung ihren Fleischverbrauch weiter einschränken muß. Um das reaktionäre Notprogramm völlig abzuändern, teilte Hergt weiter mit, daß für die Regelung der Kleinrentnerfürsorge keine Zeit vorhanden sei, weshalb sich die Regierung einer solchen Stellungnahme enthalte.

Als erster Redner spricht in der Debatte der Sozialdemokrat Stämpfer. Er beginnt mit einer Mahnung an die Regierung, die Zukunft nicht durch außenpolitische Maßnahmen zu belasten. Die Sozialdemokratie fühlt sich schon soweit als kommende Regierungspartei, daß sie glaubt, der jetzigen Regierung bereits bestimmte Vorschriften machen zu dürfen. Solange die Sozialdemokratie den Kampf gegen sie führen, werde die Sozialdemokratie den Kampf gegen sie führen. Bei den Verhandlungen, die das Weiterverbleiben des Reichstages ermöglichen, hat man allerdings von diesem Kampfe nichts gespürt. Stämpfer wendet sich gegen die Absicht, die einzelnen Teile des Notprogramms durch ein Mandatgesetz zu verbinden. Der SPD wird dadurch die Möglichkeit an der versprochenen Durchsetzung des Programms erschwert. Die Sozialdemokratie fordert die besondere Erfüllung der Forderungen. Da die Wahlen vor der Tür stehen, kritisiert Stämpfer die der hohle Wunsch, daß die SPD dem Programm des Bürgerblocks das Programm der Demokraten und des Sozialismus entgegenstelle.

Der deutschnationale Weitzars hält eine große agrarische Agitationrede, die bei seinen bisherigen Koalitionspartnern, besonders beim Zentrum, lebhaften Kopfschütteln hervorruft.

Der Zentrumsführer v. Guérard bemerkt darauf pessimistisch, daß die Hoffnungen auf eine Erledigung des Notprogramms und des Etats nach den bisherigen Reden bei seiner Fraktion nicht gemacht seien. Er betont besonders, daß das Notprogramm nicht eine Sache der bisherigen Regierungsparteien sei, seiner Erledigung hätten jedoch Parteien des Reichstages zugehört. Den sozialdemokratischen Abgeordneten ist diese Feststellung besonders unangenehm, nach dem Kuhhandel, den sie vor einer Woche unter dem Protektorat Hindenburgs mit den Bürgerblockparteien abgeschlossen haben. möchten sie jetzt, wo das Notprogramm des Bürgerblocks zu offen keinen reaktionären Charakter enthält, wieder ein bißchen Opposition mimen. Aber Guérard schenkt ihnen nichts, sondern antwortet auf ihre Zwischenrufe: „Sie haben mit uns vor zehn Tagen zusammengeseßen und ihre Mitarbeit am Notprogramm erklärt.“

Der Volksparteiler Scholz geht um die Differenzen im Bürgerblock herum wie die Kacke um den heißen Brei. Er ist der Meinung, daß der Parlamentarismus gerade darin seinen Wert beweise, daß jetzt einmal wirklich praktische Arbeit im Interesse des Volkes geleistet werde.

Dietrich von den Demokraten erklärt die Bereitschaft seiner Fraktion zur Mitarbeit am Notprogramm. Aber auch er will sich den Luftsturz zu den Wahlen nicht ganz verwehren und betont, die demokratische Fraktion lasse sich nicht in das laubdünne Loch des Mandatgesetzes einpassen.

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Schneider:

Die kommunistische Fraktion hat gegen die Reichsregierung einen Mißtrauensantrag eingebracht, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie den schärfsten Kampf gegen diesen Reichstag und den Kurs führt, wie er vom Parlament und von der Regierung zur Unterstützung der allgemeinen Offensive des Finanz- und Agrarkapitals gegen das gesamte werktätige Volk durchgeführt wird. Der Nachtragset, den die Regierung vorgelegt, gibt ein entsprechendes Bild der Politik des Bürgerblocks. Von 702 Millionen Mark, die an Steuern mehr eingebracht sind, sind allein 632 Millionen durch Massenkaufkraft mehr aufgebracht. Auch das Programm, das heute vorgetragen wurde, soll durch Zollsteigerungen finanziert werden. Wir haben in den letzten Jahren dauernd Anleihen erhoben, weil ungefähre 10 Millionen an Subventionen, Krediten und Steuererleichterungen der herrschenden Klasse in den Taschen geworfen worden sind. Dazu kommen die ungeheuren Ertragsgewinne, die aus Staats-